

KATASTROPHENSCHUTZ

Strategien für den Ernstfall

Terrorismus sowie politischer und religiöser Extremismus sind keine besondere Bedrohung der Sicherheit in Österreich. Das geht aus dem Verfassungsschutzbericht über das Jahr 2000 hervor. Sorgen bereitet den Staatsschutzbehörden die organisierte Kriminalität.



Ein Passagierflugzeug stürzt nach einem technischen Defekt in ein großes Wohnhaus in Wien, ein nicht unwahrscheinliches Szenario: "Innerhalb von zwei Stunden – zur ungünstigsten Tageszeit, etwa Samstag, zwei Uhr früh – wären in Wien alle Retter auf den Beinen", sagt Werner Hiller, Dezernatsleiter für Krisenmanagement im Wiener Rathaus: Feuerwehr (maximal 1.700 Mitarbeiter), Wiener Rettung (600

Helfer), freiwillige Organisationen wie Rotes Kreuz und Arbeiter-Samariterbund und die Wiener Polizei; bis zu 4.000 Spitalsbetten stehen insgesamt zur Verfügung, wie viele davon frei gemacht werden könnten, hängt von der Tagesverfassung der Stadt ab.

Im Wiener Rathaus beruft der Bürgermeister den Krisenstab ein, mit ihm an der Spitze, dem Magistratsdirektor, dem Branddirektor und dem Leiter der Stabstelle. Er zieht externe Berater bei, etwa den Polizeipräsidenten. In der Einsatzleitstelle des Rathauses übernimmt Dezernatsleiter Hiller das Kommando. Hierher kommen Verbindungsbeamte von Polizei, Rettung und Feuerwehr; sie stellen den Kontakt zwischen ihren Dienststellen und dem Krisenmanagement im Rathaus her.

Hauptaufgabe der Leitstelle ist es, die Kommunikation zwischen allen Helferorganisationen aufrecht zu halten. Dafür stehen eigene Kanäle zur Verfügung: das Landesgrundnetz, das etwa Spitäler, Polizei oder Rathaus miteinander in Verbindung hält, die Ringleitung der neun Landeswarnzentralen und der Bundeswarnzentrale, das Staatsgrundnetz, über das die Ministerien, Länder, Bezirkshauptmannschaften und Magistratsabteilungen untereinander verbunden sind sowie eigene Funksysteme, etwa das Katastrophenfunkführungssystem. Würde eine Katastrophe Bundesbedeutung erlangen, käme das Krisenmanagement im Bundeskanzleramt in Gang.

Nach dem Terroranschlag vom 11. September wurde der Luftraum über den USA gesperrt. Eine AUA-Maschine unterwegs nach New York, musste über dem Atlantik umkehren. Noch bevor die Maschine in Wien-Schwechat aufsetzte, trafen 14 psychosoziale Betreuer des Wiener Rathauses mit Taxis am Flughafen ein. Sie nahmen die Passagiere in Empfang, fragten, ob sie Angehörige in New York hatten, gaben ihnen seelischen Halt.

Die Mitglieder des ABW-Teams ("Akutbetreuung Wien") sind freiwillige Helfer: 36 Krankenschwestern, Sozialarbeiter und Psychologen. Akutbetreuer gibt es in allen Bundesländern. Das Wiener Team soll bis 2003 auf 100 Mitglieder aufgestockt werden. Eingerichtet wurde das ABW-Team 1999. Die Betreuer kümmerten sich damals um Kosovo-Flüchtlinge. Im selben Jahr versorgten sie die Passagiere einer Hapag-Lloyd-Maschine, die am Wiener Flughafen notlanden musste, als ihr der Treibstoff ausgegangen war. Im Vorjahr

betreuten die Helfer sechs Wiener Familien, deren Angehörigen beim Kapruner Seilbahnunglück ums Leben gekommen waren. Im Juli 2001 kümmerten sie sich um Opfer und Angehörige nach einem Zugsunglück in Purkersdorf.

Die Betreuung konzentriert sich auf die Akutphase, das sind zwei bis vier, maximal 24 Stunden nach einem Unglück. In manchen Fällen werden die Betroffenen länger umsorgt, meist dann, wenn sich zwischen Betreuern und Betreuten eine Beziehung aufgebaut hat.

Stürzt etwa in Wien ein Haus ein, kümmern sich die ABW-Mitarbeiter nicht nur um das seelische Heil der Betreuten, sie erledigen auch Formalitäten, besorgen eine Ersatzwohnung. "In einer ersten Stufe würde ein Bus der Wiener Linien die Obdachlosen aufnehmen", erklärt Werner Hiller. "Als Übergangslösung stünden Pensionistenwohnhäuser zur Verfügung, je nach Fall auch Hotels und später Notunterkünfte, Ersatzwohnungen." In der Triesterstraße 133 in Liesing lässt die Stadt Wien derzeit ein ehemaliges Schulgebäude renovieren, das notfalls 120 Menschen aufnehmen könnte. Es wird als Nothaus konzipiert, mit kleinen, familiengerechten Einheiten. "Innerhalb von zwei Stunden würde das Haus für in Not geratene Menschen offen stehen", sagt Hiller.

Die Hilfsorganisationen Wiens und Niederösterreichs stehen in engem Kontakt, unterstützen einander im Notfall. Für Fälle, in denen nicht ausreichend Betreuungssäle zur Verfügung stehen, hält das Rote Kreuz Zelte bereit, Decken, Feldbetten und Medikamente. Reichen die österreichischen Helfer nicht aus, wird um internationale Hilfe ersucht. Für diese Zwecke richteten das internationale Rote Kreuz und die Roter Halbmond-Gesellschaft Ende 1994 Schnelleinsatzgruppen ein. Die Schnelleinsatzgruppen des Roten Kreuzes sind innerhalb von 48 Stunden nach Alarmierung einsatzbereit und innerhalb einer Woche auf jedem beliebigen Punkt der Erde. Das österreichische Rote Kreuz beteiligt sich an dem Programm mit Wasser- und Sanitärhilfe, Telekommunikationshilfe und Sondereinheiten mit Suchhunden.

Um sich im Ernstfall auf gegenseitige Hilfe verlassen zu können, finden regelmäßig internationale Übungen statt. An der Inex 2 am 22. und 23. Mai 2001 beteiligten sich 57 Länder und fünf internationale Organisationen. Angenommen wurde ein Störfall im Atomkraftwerk Gravelines in Nordfrankreich. 8.000 Menschen sollten evakuiert werden, die Bevölkerung sollte aufgefordert werden, Jod-Tabletten einzunehmen und Schutzräume aufzusuchen. Die Übung wird in einem Workshop von 26. bis 28. November 2001 in Paris nachbearbeitet.

In allen Katastrophenfällen kommt der Bevölkerung Bedeutung zu. Doch nur ein Drittel der Österreicher fühlen sich berufen, Erste Hilfe zu leisten. Das Rote Kreuz versucht, das Wissen der Bevölkerung auf diesem Gebiet zu schärfen. Eine Internetseite wurde eingerichtet, auf der Interessierte ihre Erste-Hilfe-Kenntnisse prüfen können (<http://www.erstehilfe.cc/>).

Der Zivilschutzverband als verlängerter Arm des Innenministeriums in Sachen Öffentlichkeitsarbeit versucht, die Bevölkerung für Selbstschutzmaßnahmen zu motivieren. "Der 11. September sollte bei den Menschen ein Umdenken in der Prävention bewirken", sagt Anton Gaal, Vorsitzender des Zivilschutzverbands. "Sie sollten mehr Eigenverantwortung übernehmen und Verdachtsmeldungen an die Behörde weitergeben. Die Institutionen können noch so gut funktionieren – wenn sie nicht oder zu spät alarmiert werden, sind sie nur bedingt hilfreich."

Mangelnder Selbstschutz

Betroffenheit und Erinnerung an Katastrophen haben aber kurze Halbwertszeiten. Nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl (Ukraine) 1986 deckte sich die österreichische Bevölkerung mit Lebensmittelvorräten ein, Jod-Tabletten wurden in Apotheken gratis abgegeben; in Niederösterreich wurde es Pflicht, bei Neubauten einen Schutzraum einzurichten. Die Jod-Tabletten sind abgelaufen, die Schutzraum-Bestimmung ist wieder aus der Bauordnung des Landes verschwunden, bundesweit gibt es 2,5 Millionen Schutzraumplätze, einsatzfähig sind höchstens zehn Prozent.

G.B.

ZIVILSCHUTZ

Warn- und Alarmsystem

Jeden ersten Samstag im Oktober gibt es zwischen 12 und 13 Uhr einen bundesweiten Probealarm. Er dient einerseits zur Überprüfung der technischen Einrichtungen des Warn- und Alarmsystems; andererseits sollen die Bewohner mit den Zivilschutz-Warn- und Alarmsignalen vertraut gemacht werden.

Im Jahr 1999 versagten über fünf Prozent der Sirenen, 2000 waren es etwas mehr als vier Prozent, bei der heurigen Sirenenprobe am 6. Oktober waren es 3,8 Prozent.

Österreich verfügt über ein gut ausgebautes Warn- und Alarmsystem, das vom Bundesministerium für Inneres gemeinsam mit den Ämtern der Landesregierungen betrieben wird. Damit hat Österreich als eines von wenigen Ländern eine flächendeckende Sirenenwarnung. Die Signale können über ca. 7.400 Sirenen verbreitet werden.

Die Auslösung der Signale erfolgt je nach Gefahrensituation zentral von der Bundeswarnzentrale im Bundesministerium für Inneres, von den Landeswarnzentralen der einzelnen Bundesländer oder den Bezirkswarnzentralen.

KATASTROPHENSCHUTZ

Warnzentralen

Die Sicherstellung einer möglichst verzuglosen Kommunikation sowie die Abstimmung aller Maßnahmen ist eine wesentliche Voraussetzung für eine effektive Katastrophen- bzw. Krisenbewältigung. Neben organisatorischen Vorkehrungen wie die Einrichtung von Koordinationsgremien oder die Erstellung von Katastrophenschutz- und Alarmplänen (z. B. Rahmenplan für Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung bei Unfällen in Kernkraftwerken, Alarmplan für das staatliche Krisenmanagement) sind vor allem technische Kommunikations- und Frühwarnsysteme notwendig.

Im Innenministerium besteht die Bundeswarnzentrale (BWZ) und in den Bundesländern sind Landeswarnzentralen eingerichtet. Die Bundeswarnzentrale ist eine ständig besetzte Einrichtung für den überregionalen und internationalen Katastrophenschutz.

Die Bundeswarnzentrale hat im Rahmen des gemeinsamen Warn- und Alarmsystems des Bundes und der Ländern die Aufgabe, Gefahren zu erkennen, zu warnen und zu alarmieren. Außerdem hat sie Aufgaben zu erfüllen im Rahmen der überregionalen und internationalen Katastrophenhilfe. Die BWZ fungiert gemäß den bi- und multilateralen Katastrophenhilfe- und Strahlenschutzabkommen als nationale Kontaktstelle für Meldungen über Stör- und Unfälle bzw. Vorfälle, die geeignet sind, bei der Bevölkerung Besorgnisse zu erwecken sowie für Fragen der Zusammenarbeit und möglicher Hilfeleistung.

Die Zentrale bildet im Rahmen des staatlichen Krisenmanagements der Bundesregierung den Meldekopf für alle befassen Stellen im In- und Ausland.

Die Landeswarnzentralen sind Katastrophenschutzzentralen auf Landesebene. Ihre Aufgabe ist die Warnung und Alarmierung der Bevölkerung bei Katastrophen sowie die Koordination der Einsatzkräfte bei Großkatastrophen.

Strahlenfrühwarnsystem. Zur raschen Erkennung und Beurteilung großräumiger radioaktiver Verstrahlungen in Österreich besteht ein flächendeckendes Strahlenfrühwarnsystem mit 336 Stellen zur ständigen Messung der Ortsdosisleistung. Keine Siedlung in Österreich ist mehr als 15 km von einer Mess-Stelle entfernt. Dieses System ist mit den Mess-Systemen in der Slowakei und in Slowenien vernetzt. Die Errichtungen eines derartigen Netzwerks wird auch mit den anderen Nachbarstaaten angestrebt.

P. K.

KRISENMANAGEMENT

Staatliche Hilfe

In allen Bundesländern sind Krisenmanagement-Stellen eingerichtet. In Wien ist das Krisenmanagementdezernat aus dem Bürgerdienstbüro entstanden, das 1974 gegründet wurde. Es entwickelte sich zu einem Büro für Soforthilfe, um meist sanitäre Miss-Stände zu beseitigen, weiter zur Umweltpolizei und zu einer "schnellen Eingreifgruppe". Im Sommer 2001 wurden die Dezernate für Soforthilfe und für Krisenmanagement zusammengefasst.

Seit 1986, dem "Tschernobyl-Jahr", ist das Krisenmanagement (Krima) bundesweit im Bundeskanzleramt organisiert. Hier werden die Länder und Ministerien nötigenfalls koordiniert, Notfallpläne und Evakuierungspläne ausgearbeitet sowie Maßnahmen, die die Regierung im Ernstfall zu setzen hätte. "Für jede Gefährdung gibt es einen Maßnahmenplan", sagt Mag. Brigitte Brenner vom Krisenmanagement des Bundeskanzleramts. Die nötigen Verordnungstexte liegen vor, beispielsweise dafür, wenn ein Ernteverbot für Gemüse und Obst verhängt werden müsste.